

Das Wochenmagazin der SPÖ www.spoe.at

SPÖ

„Österreich 2020“-Gastkommentar
vom Wolfgang Moitzi

07. Mai 2010 - Nr. 17 - 07

of European Socialists

**REGULATE
GLOBAL FINANCE
NOW!**

¥€\$

FINANZ
TRANSAK
N
0.05
www.europeansf

Griechenlandkrise zeigt:
**Finanzmarkt braucht
strenge Regeln**

Das Finanzfiasco Griechenlands macht die Schwächen der EU-Finanzmarktarchitektur und die Notwendigkeit einer grundlegenden Reform deutlich. Nicht zuletzt haben Spekulanten und Rating-Agenturen wesentlich zum griechischen Desaster beigetragen. Eine neue Finanzmarktarchitektur, die auf den Eckpunkten mehr Kontrolle, strengere Regeln gegen Spekulationen und eigene europäische Rating-Agenturen aufgebaut ist, würde dazu beitragen, Europa zu stärken. Die SPÖ – allen voran Bundeskanzler Werner Faymann – setzt sich massiv für die stärkere Regulierung der Finanzmärkte ein. Wir haben Finanzstaatssekretär Andreas Schieder in Sachen Griechenland-Krise und sozialdemokratisches Engagement für eine neue Finanzmarktarchitektur um ein Interview gebeten.

Das Sozialministerium stellt 1,4 Millionen Euro zur Verfügung, um Mikrokredite zu finanzieren. Diese Maßnahme ist eine Chance für Menschen, die eine Starthilfe in die Selbstständigkeit benötigen, aber am Kreditmarkt schlechte Karten haben.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

Internationale Finanzmarktarchitektur	4
Interview mit Finanzstaatssekretär Andreas Schieder	5
Neue Chance mit Mikrokrediten	6
Interview mit Sozialminister Rudolf Hundstorfer	6
Gastkommentar von SJ-Vorsitzenden Wolfgang Moitzl	14

THEMEN DER WOCHE

picturedesk

Aids in Österreich

Neudiagnostizierte HIV-Infektionen



Prävention wichtigstes Instrument im Kampf gegen HIV und Aids

Seit 1995 sind die HIV-Neuinfektionen in Österreich um 507 angestiegen. Die Zunahme bei Neuinfektionen beweist, dass sich im Umgang mit Aids eine gewisse Sorglosigkeit breitgemacht hat. Sorglosigkeit sei aber Fahrlässigkeit, gegenüber der eigenen Gesundheit und den Mitmenschen, so Gesundheitsminister Alois Stöger, der betont: „Bei Aids- und HIV-Prävention ist die besondere Verantwortung jedes Einzelnen gefragt.“

SPÖ



SPÖ-Konsumentenschutzsprecher Johann Maier

Gesetzliche Regelung für Kreditauskunfteien gefordert

SPÖ-Konsumentenschutzsprecher Johann Maier kritisiert das Fehlen gesetzlicher Regelungen zur Verwendung von personenbezogenen Daten im Rahmen von Kreditvertragsabschlüssen. Durch teilweise falsche Daten kommt es bei Bonitätsprüfungen zu massiven Beschwerden von Betroffenen, denen Kredite oder Verträge verweigert werden. Nach einem einstimmigen Nationalratsbeschluss hat der Wirtschaftsminister bis September eine Novelle der Gewerbeordnung zur Beschlussfassung vorzulegen, in welcher eine detaillierte Regelung der Datenverwendung durch Kreditauskunfteien enthalten ist.

Zitat der Woche

„Die Österreicherinnen und Österreicher werden der heimischen Politik in der Krisenzeit nur vertrauen, wenn sie Gerechtigkeit garantieren kann und die richtigen Lehren aus der Krise zieht.“

SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer

mitreden.spoe.at

Meinungsforum:

Kann eine neue Finanzmarktarchitektur Europa stärken?

Das Beispiel Griechenland sowie die Finanz- und Wirtschaftskrise haben bewiesen, dass eine Neuordnung des Finanzmarktes notwendig ist.

Diskutieren Sie unter mitreden.spoe.at mit, ob eine neue Finanzmarktarchitektur Europa stärken kann.

Niemals vergessen!

Zolles



Schüler und Lehrlinge haben vor Nationalratspräsidentin Barbara Prammer ihre Eindrücke über eines der dunkelsten Kapitel der NS-Zeit, die „Mühlviertler-Hasenjagd“, präsentiert. Um mehr darüber zu erfahren, besuchten die Jugendlichen das ehemalige KZ Mauthausen in Oberösterreich.

Das Engagement der Jugendlichen stimmt Nationalratspräsidentin Barbara Prammer für die Zukunft „sehr zuversichtlich“.

reich. Durch Interviews mit Zeitzeugen, das Malen von Bildern und das Verfassen von Zeitungsartikeln arbeiteten die Schüler das Thema Nationalsozialismus auf. „Rassismus ist absolut untolerierbar“, erklärte ein Schüler und forderte mehr Auseinandersetzung mit fremden Kulturen und anderen Religionen in den Schulen. Prammer zeigte sich vom Engagement der Schüler beeindruckt und gab ihnen mit auf den Weg: „Seid kritisch, seid laut, glaubt nicht alles, was so erzählt wird.“

Bewusstsein für Muttergesundheit stärken

Die SPÖ-Bereichssprecherin für Globale Entwicklung Petra Bayr will den Muttertag zum Anlass nehmen, um die „Mutternacht“ auch in Österreich einzuführen: „Wir wollen jener Frauen gedenken, die täglich wegen Komplikationen bei Geburt und Schwangerschaft sterben.“ Jeden Tag sterben 1.500 Frauen, 99 Prozent davon in Entwicklungsländern. Diese tragischen Zahlen fänden in der europäischen Öffentlichkeit kaum Aufmerksamkeit, kritisiert Bayr und unterstreicht die „wichtige Rolle Österreichs im Kampf für mehr Muttergesundheit durch eine ausreichende Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit“.

SPÖ-Klub





Wir brauchen einen Paradigmenwechsel

Mit den Notkrediten für Griechenland konnte ein Flächenbrand verhindert werden. Einmal mehr zeigt sich, wie dringend notwendig eine strenge Regulierung und Kontrolle der Finanzmärkte ist.

Fotolia



Die Sozialdemokratie kämpft auf europäischer und internationaler Ebene für eine neue Finanzmarktarchitektur.

Gleich vorweg: Der Löscheinsatz für Griechenland ist absolut notwendig und unverzichtbar. Österreich schützt mit seinem Beitrag nicht nur europäische, sondern auch seine eigenen Interessen. Würde Griechenland in dieser schweren Zeit von der Europäischen Union, den Ländern der Euro-Zone und dem Internationalen Währungsfonds nicht geholfen werden, hätte das verheerende Folgen. Mit den Notkrediten konnte ein Flächenbrand abgewendet werden. Mit dem Signal, Griechenland zu helfen, setzt Europa überdies ein klares Signal gegen Spekulanten – auf den internationalen Finanzmärkten wurde z.B. auf das Sinken des Euros gewettet. Das gemeinsame Europa wird dadurch auf eine harte Probe gestellt. Die Schwächen der Europäischen Union treten in diesen Tagen ebenfalls zutage. Jahrelang war es griechischen Regierungen möglich, geschönte Budgetzahlen an die Union zu

Staatskrise verschuldet haben.

Spekulant und Rating-Agenturen haben ihr Schäuflin dazu beigetragen. Rating-Agenturen prüfen die Kreditwürdigkeit von Schuldnern. Sie versuchen mit Ratings wie „AAA“ (Ausfallrisiko fast null) „CCC+“ (sehr hohes Insolvenzrisiko) zu prognostizieren, wie wahrscheinlich es ist, ob ein Staat oder ein Unternehmen seine Schulden zurückzahlt. Die Prüfung der Schuldnerqualität zahlt der Geprüfte, überdies kann dieser entsprechende „Beratungsdienste“ in Anspruch nehmen, um sein Rating zu verbessern – was Zweifel an der Unabhängigkeit und Objektivität der Agenturen aufkommen lässt.

„Ein zutiefst korruptes System“, macht Wirtschafts-nobelpreisträger Paul Krugman in den Rating-Agenturen aus – von denen gibt es auch nur drei amerikanische, die

übermitteln, um über die sich seit langem anbahnende dramatische Budgetsituation hinwegzutäuschen.

Der amtierende sozialdemokratische Regierungschef Griechenlands, Papandreou, steht vor einem Trümmerhaufen, für den er selbst nicht verantwortlich ist. Die Proteste in Griechenland richten sich nicht nur gegen das Sparpaket, sie richten sich ebenfalls gegen Korruption, gegen Steuerhinterziehung und jene politischen und ökonomischen Akteure, die die

sich den Markt de facto vollkommen aufteilen. Das Herabstufen des Ratings für Griechenland letzte Woche hat die Staatenkrise noch verschärft, zumal viele Investoren umgehend Kapital abgezogen und griechische Staatsanleihen massiv an Wert verloren haben.

Das Prinzip der Rating-Agenturen ist aber nur ein Beispiel von vielen Fehlentwicklungen. Wir müssen uns in dieser schwierigen Zeit daher die Frage stellen: Was müssen wir tun, damit derartige Krisen nicht noch einmal entstehen? Klar ist: Dafür brauchen wir eine neue Finanzmarktarchitektur! Dafür brauchen wir einen Paradigmenwechsel! Wir müssen in Österreich, in Europa und international dafür kämpfen, dass der Mensch wieder im Mittelpunkt der Wirtschaft steht, und nicht umgekehrt. Wir

„Die Glaubwürdigkeit des Projekts Europa wird in Zukunft auch daran gemessen werden, wie ernsthaft die Bemühungen der EU sind, eine neue Finanzmarktarchitektur aufzubauen.“

brauchen beispielsweise eine europäische Rating-Agentur, die strengen Kontrollen und Regeln unterworfen ist.

Während wir große Anstrengungen unternehmen, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln, reiten Spekulanten schon die nächsten Attacken gegen einzelne Länder und gefährden damit die gesamte Wirtschaft. Dem müssen wir durch umfassende Regulierungs- und Kontrollmechanismen einen Riegel vorschieben.

Die Glaubwürdigkeit des Projekts Europa wird in Zukunft auch daran gemessen werden, wie ernsthaft die Bemühungen der EU sind, eine neue Finanzmarktarchitektur aufzubauen und Regelwerke für mehr Kontrolle und Regulierung aufzubauen. ♦

FINANZMARKT

SPÖ fordert neuen

Die Auswirkungen unregulierter Finanzmärkte und hemmungsloser Spekulationen beweisen: Um künftige Krisen zu vermeiden, braucht es eine neue Architektur der Finanzmärkte.

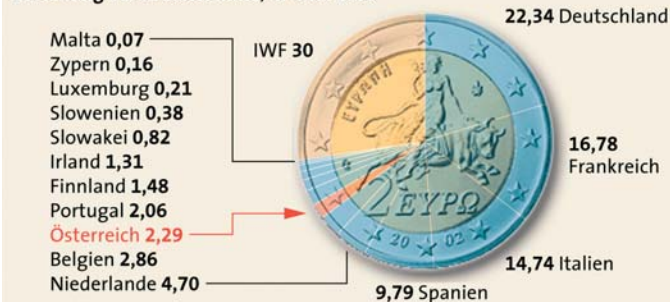
Wenzel/HBF



Bundeskanzler Werner Faymann setzt sich auch auf europäischer und internationaler Ebene für mehr Regulierung und Kontrolle ein.

110 Milliarden-Hilfspaket für Griechenland

Aufteilung der Kreditsumme, in Mrd. Euro



Fahrplan

- 1. Mai Verhandlungen EU-Kommission, EZB, IWF und griechische Regierung über letzte Details des dreijährigen Wirtschafts- und Sparprogramms
- 2. Mai Griechische Regierung gibt Einigung bekannt. Beratungen der Finanzminister der Euro-Zone
- 4. Mai Tagung und Abstimmung der Euro-Länder
- 6./7. Mai Griechisches Parlament stimmt über Drei-Jahres-Sanierungsplan ab
- 10. Mai Griechenland übersendet Zusagen an IWF und EU, evtl. Sondergipfel der Euro-Staaten
- 10.-12. Mai IWF-Direktorium entscheidet über Kreditprogramm
- vor 19. Mai IWF und Euro-Länder zahlen erste Tranche des Kredits aus
- 19. Mai Griechenland muss 8,5 Mrd. Euro Schulden begleichen.

Grafik: © APA,
Quelle: APA/EZB



Eine globale Finanzkrise erfordert eine globale Lösung“, meint Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz. Die weltweite Finanzstruktur sei nicht nur mangelhaft, sie sei auch ungerecht. In dieselbe Kerbe schlägt auch die SPÖ: „Wir schauen nach vorne und wollen klarstellen, dass wir eigene Finanzinstrumente in Europa aufbauen müssen“, sagte Bundeskanzler Werner Faymann kürzlich. Es sei nicht einzusehen, dass „jenen, die durch Spekulation die Krise mitverursacht haben, rasch wieder auf die Beine geholfen wurde und nun die, die jeden Euro ohnehin zweimal umdrehen müssen, die Krise ausbaden sollen“, betont Faymann. Gier und Spekulation hätten „keinen Platz in einer menschengerechten Gesellschaft“. Der Bundeskanzler meint weiter: „Wir wollen das soziale Europa stärken und wir wollen die Arbeitnehmerrechte nicht dem Standortwettbewerb opfern. Unser Ziel ist, dass der Mensch im Mittelpunkt der Wirtschaft steht und das müssen die Menschen auch spüren.“

Verursacher der Krise müssen gerechten Beitrag leisten

Ähnlich wird die Situation von SPÖ-Klubobmann Josef Cap beurteilt: Bisher haben die Rechnung für die Krise vor allem die Arbeitnehmer, aber auch die produzierende Wirtschaft be-

Aufbau der Märkte

zahlt. Die Verursacher der Krise müssen aber auch ihren Beitrag leisten. „Soziale Gerechtigkeit und die Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise sind unmittelbar verbunden mit der Schaffung einer neuen Finanzmarktarchitektur“, so Cap. Die Ursachen der Krise seien – wie auch Nobelpreisträger Stiglitz festgestellt habe – nicht in der Summe einzelner Fehlleistungen zu suchen, vielmehr sei die Krise eine „systemische Krise“. Cap fordert, „Regeln für die Finanzmärkte zu erkämpfen, damit es nicht zu einer Wiederholung einer Krise wie in Griechenland kommt“. Es müsse ein Neustart in der EU durchgesetzt werden und dazu müssen auch Maßnahmen gegen Steuerflucht ergriffen werden. „Wenn allein in den ersten drei Monaten dieses Jahres griechische Kontoinhaber acht Milliarden Euro in die Schweiz transferiert haben, dann ist die Schweiz eine Steueroase, die geschlossen werden muss“, so Cap. „Das, was heute abläuft, ist ein gigantisches Enteignungsprogramm der Spitze der Vermögensstruktur zu Lasten des Mittelstandes“, zitiert Cap den Ökonomen Franz Josef Rademacher. Cap fordert eine wirksame und nicht zahnlose Finanzmarktaufsicht auf europäischer und internationaler Ebene. Wie diese aussehen kann, zeigt die europäische Kampagne „Regulate Global Finance now“, die Finanzstaatssekretär Andreas Schieder unterstützt. Cap fordert auch, die Rolle der Rating-Agenturen zu hinterfragen. Hier brauche es eine europäische Rating-Agentur mit strengen, neuen Regeln. Die Agenturen bewerten die Kreditwürdigkeit von Banken und Staaten, Unternehmen und Wertpapieren. Ihre Bewertungen haben enorme Auswirkungen, wie am Beispiel von Griechenland zu sehen ist. Die Rating-Agentur Standard & Poor's hat die Kreditwürdigkeit des schwer verschuldeten Griechenland auf Ramschstatus herabgestuft. Die Staatsanleihen sind damit de facto unverkäuflich.

Griechenland-Hilfe ist unverzichtbar

Da der Mittelmeer-Staat schwer angeschlagen ist, vergeben die Euro-Länder und der IWF (Internationaler Währungs-

fonds) innerhalb der nächsten drei Jahre Notkredite von 110 Milliarden Euro. Österreich beteiligt sich mit bis zu rund 2,3 Milliarden Euro an dem Paket. Bundeskanzler Faymann betont: „Ein gemeinsames Vorgehen bei der Hilfe für Griechenland ist unverzichtbar, um einen Flächenbrand zu verhindern.“ Die Feuerwehr könne auch nicht fragen, ob es sich auszahle, zu einem Einsatz zu fahren, „sie muss sofort ausrücken und löschen“, so Faymann. Der Kanzler unterstreicht, dass das Geld nicht leichtfertig verborgt wird. Es wird mit fünf Prozent verzinst. Es sei davon auszugehen, dass Griechenland dieser Rückzahlung nachkommt, so Faymann.

Eine Alternative zur Griechenland-Hilfe gibt es nicht. Dem Staat in der Ägäis nicht zu helfen, hätte kaum abschätzbare, negative Folgen für den europäischen Wirtschaftsraum, so Experten. Nach Expertenmeinung könnten die Folgen einer Nicht-Hilfe Österreich rund 40 Milliarden Euro Exporteinbußen bescheren. ♦

„Wir wollen das soziale Europa stärken und wir wollen die Arbeitnehmerrechte nicht dem Standortwettbewerb opfern.“

Bundeskanzler Werner Faymann.

INTERVIEW

„Brauchen strenge Regeln für Finanzmärkte“

Finanzstaatssekretär Andreas Schieder im Interview mit „SPÖ Aktuell“ über die Notkredite für Griechenland und die Notwendigkeit einer neuen Finanzmarktarchitektur.

SPÖ Aktuell: Herr Staatssekretär, warum sind die Kredite für Griechenland notwendig?

Finanzstaatssekretär Andreas Schieder: Das ist notwendig geworden, um noch größeren Schaden für Europa, aber auch für unser Land, abzuwenden. Mit diesem Hilfsschirm zeigen wir außerdem, dass die Euro-Zone in der Lage ist, ihre Probleme selbst zu lösen.

Was sollen die Notkredite bewirken?

Schieder: Ziel ist, dass sich die griechische Volkswirtschaft stabilisiert, der Staat seine Reformen vorantreiben und sich später auch wieder selbst auf den internationalen Märkten refinanzieren kann. Dazu wird es auch schmerzhaftes Einschnitte im griechischen Sozialsystem geben.

Kann so etwas noch einmal passieren?

Schieder: Ausschließen lässt sich das nicht. Jetzt müssen wir daran gehen, die Lehren aus der Banken- und der Staatenkrise zu ziehen. Wir müssen uns die unglückliche Rolle der Spekulanten und Rating-Agenturen genau ansehen. Eine



Pertramer

Die Sozialdemokratie hat klare Konzepte für die strenge Regulierung der Finanzmärkte, sagt Finanzstaatssekretär Andreas Schieder.

strenge Regulierung und Kontrolle der Finanzmärkte ist auf jeden Fall notwendig, wenn wir wollen, dass so etwas nicht mehr passiert. Die Sozialdemokratie hat dafür klare Konzepte und setzt sich nicht nur im eigenen Land, sondern auch auf europäischer und internationaler Ebene für einen Paradigmenwechsel ein. ♦

MIKROKREDITE

Starthilfe in die Selbständigkeit

Mit der Vergabe von Kleinkrediten erleichtert das Sozialministerium die Unternehmensgründung. Das mit 1,4 Millionen Euro dotierte Projekt startete am 1. Mai in Wien und in der Steiermark.

Bilderbox



Die Unterstützung von Existenzgründungen ist einer der Arbeitsschwerpunkte der SPÖ-geführten Bundesregierung.

Das Mikrokredit-Pilotprogramm schafft und sichert als neues Instrument der Arbeitsmarktpolitik zusätzliche Arbeitsplätze und leistet eine wichtige Starthilfe zur Aufnahme einer selbständigen Beschäftigung“, so Sozialminister Rudolf Hundstorfer. Er betont,

dass das Mikrokreditprogramm eine „wichtige Ergänzung zu den bereits bestehenden Programmen“ wie dem erfolgreichen Unternehmensgründungsprogramm des AMS darstelle. Der Sozialminister unterstrich: „Die Förderung von Existenzgründungen ist ein wesentlicher Mosaikstein im Bestreben der Bundesregierung, nachhaltig Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern. Durch das weltweit erprobte Erfolgsmodell der Mikrokreditfinanzierung können tragfähige Geschäftsideen in die Tat umgesetzt und neue Perspektiven für all jene, die einen erschwerten Zugang zum klassischen Kreditmarkt haben, geschaffen werden.“ Insgesamt werden pro Jahr 1,4 Millionen Euro vom Sozialministerium zur Verfügung gestellt. Einzelpersonen erhalten bis zu 12.500 Euro Kredit und Perso-

nengesellschaften bis zu 25.000 Euro.

Meilenstein für Wirtschaft

SPÖ-Wirtschaftssprecher und Wirtschaftskammer-Vizepräsident Christoph Matznetter freut sich über die Umsetzung des Projekts: „Die Vergabe von Mikrokrediten ist ein Meilenstein für die heimische Wirtschaft.“ Mit den Kleinstkrediten werde ein „wichtiger Impuls“ gesetzt, da für viele Banken Kleinstkredite bis 10.000 Euro „nicht attraktiv“ seien, so der SPÖ-Wirtschaftssprecher. ♦

„Die Vergabe von Mikrokrediten ist ein Meilenstein für die heimische Wirtschaft.“

**SPÖ-Wirtschaftssprecher
Christoph Matznetter**

INTERVIEW

„Mikrokredite schaffen neue Arbeitsplätze“

Arbeitsminister Rudolf Hundstorfer spricht mit „SPÖ Aktuell“ über das neue Mikrokreditprojekt, das mit Beratung und Finanzierung den Weg in die Selbständigkeit erleichtert.

Zimmer



Die Zahlen geben dem Projekt „Selbständigkeit“ recht: „Jede Unternehmensgründung, die aus der Arbeitslosigkeit entsteht, hat nach fünf Jahren bereits zusätzlich 1,26 Vollarbeitsplätze geschaffen“, so Sozialminister Rudolf Hundstorfer.

SPÖ-Aktuell: Warum wurde das Pilotprojekt „Der Mikrokredit“ ins Leben gerufen?

Rudolf Hundstorfer: „In der aktuellen Krise haben es viele arbeitslose Unternehmensgründerinnen und -gründer schwer, an Kapital für die Gründung zu kommen. Mit den Mikrokrediten wird die Starthilfe erleichtert.

Somit werden neue Arbeitsplätze geschaffen und bestehende gesichert. Die bisherigen Zahlen sind der eindeutige Beweis dafür.“

Wie sehen diese aus?

Hundstorfer: „Im Jahr 2009 haben 5.041 Personen über ein AMS-Programm für Unternehmensgründungen den Weg aus der Arbeitslosigkeit in die Selbständigkeit angetreten. Das sind österreichweit 17,5 Prozent aller Firmengründungen. Insgesamt sind ein Jahr nach der Unternehmensgründung noch immer 86 Prozent der Firmen erfolgreich am Markt vertreten. Nach fünf Jahren sind es sogar noch 75 Prozent.“

Herr Minister, Sie haben die Schaffung von Arbeitsplätzen angesprochen. Gibt es dazu auch konkrete Zahlen?

Hundstorfer: Ja, sicher. Untersuchungen zeigen, dass jede Unternehmensgründung, die aus der Arbeitslosigkeit entsteht, nach fünf Jahren bereits zusätzlich 1,26 Vollarbeitsplätze geschaffen hat. Zählt man die Grün-

derinnen und Gründer hinzu, dann sind durch diese neuen Unternehmen in fünf Jahren mehr als 11.000 Arbeitsplätze entstanden.“

Wie soll der positive Verlauf des Projekts sichergestellt werden?

Hundstorfer: „Fachleute von der ÖSB Consulting GmbH unterstützen die Antragstellerinnen und Antragsteller mit professioneller Beratung und Qualifizierung über die gesamte Kreditlaufzeit bis zur Rückzahlung. Daher gehen wir davon aus, dass die meisten Neugründungen auch nachhaltig bestehen werden und dass letztendlich das Kapital wieder zurückläuft und wir können damit weitere Neugründungen finanzieren.“ ♦

„Der Mikrokredit hilft, tragfähige Geschäftsideen zu realisieren, schafft neue Chancen und neue Arbeitsplätze.“

Rudolf Hundstorfer

BESCHÄFTIGUNG

Arbeitsmarkt stabilisiert sich

Die Maßnahmen der SPÖ-geführten Regierung wirken: Österreich kann bereits das zweite Monat in Folge einen Beschäftigungsanstieg verzeichnen.



Arbeitsminister Rudolf Hundstorfer betont, dass die positiven Beschäftigungszahlen zwar erfreulich, aber „noch weit von einer endgültigen Entwarnung für den österreichischen Arbeitsmarkt entfernt“ sind.

jetzt beinahe die Hälfte der Arbeitsplatzverluste des Vorjahres wieder wettgemacht werden“, so Arbeitsminister Rudolf Hundstorfer. Im April 2010 konnte Österreich den zweithöchsten Beschäftigtenstand seit Bestehen der Zweiten Republik vorweisen. Neben dem massiven Ausbau an Qualifizierungsprogrammen investiert das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (BMAK) auch in Beschäftigung: So wurden im ersten Quartal dieses Jahres 12.479 Beschäftigungsverhältnisse mehr als noch vor einem Jahr gefördert.

Mit aktiver Arbeitsmarktpolitik gegen die Krise

„Der erfreuliche Anstieg der Beschäftigung wurde und wird durch die Ausweitung der aktiven Arbeitsmarktpolitik gefördert“, so Hundstorfer. Das BMAK unterstützt insbesondere Menschen, die von Langzeitarbeitslosigkeit bedroht sind.

Hier gab es z.B. eine Ausweitung der Beschäftigungsprogramme bei den sozialökonomischen Betrieben und den gemeinnützigen Beschäftigungsprojekten. Auch die Eingliederungsbeihilfen in Unternehmen wurden ausgeweitet. Dazu kommen die neuen Programme der Einpersonnenunternehmensförderung, der Kombilohn und die „Aktion 4.000“, die Langzeitarbeitslosen die Chance auf gemeindenahе und gemeinnützige Beschäftigung gibt. „Die Situation am Arbeitsmarkt bleibt schwierig, aber es gibt eine leichte Entspannung. Man darf also hoffen, dass sich die Situation am Arbeitsmarkt in den nächsten Monaten besser entwickelt als befürchtet“, so Hundstorfer. ♦

„Der erfreuliche Anstieg der Beschäftigung wurde und wird durch die Ausweitung der aktiven Arbeitsmarktpolitik gefördert.“
Arbeitsminister Rudolf Hundstorfer

Mit Ausnahme der Boom-Jahre 2005-2008 ist der Beschäftigungsanstieg im April der höchste des letzten Jahrzehnts. Im Vergleich zum April des Vorjahres ist die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten um 17.202 angestiegen – das entspricht einem Plus von 0,5 Prozent. „Damit konnte schon

WIRTSCHAFTSKRIMINALITÄT

„Gruppenklagen forcieren!“

Die SPÖ fordert von Justizministerin Bandion-Ortner die Umsetzung der Gruppenklage – einer kostengünstigen Möglichkeit vor Gericht Recht zu bekommen.

SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim verweist auf die Causa Meinl: Hier bürdet der Gesetzgeber Einzelpersonen enorme Hürden auf, wenn er ihnen die Möglichkeit einer Gruppenklage verweigert. Denn die Gruppenklage ist das am besten geeignete Instrument, um mit wirtschaftlich vernünftigen Mitteln gegen kriminelle Handlungen von Unternehmen vorgehen zu können. „Ich frage mich, warum es das in Österreich nicht gibt“, so Jarolim, der an die im Regierungsprogramm dazu getroffene Übereinkunft erinnert. ♦



SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim macht sich für die Möglichkeit der Gruppenklage in Österreich stark.

Schedl

SCHULE

Ganztagsschulen stark ausbauen

Bildungsministerin Claudia Schmied will, dass es bis 2013 in jedem Bezirk ganztägige Schulangebote gibt.

Bereits zu Beginn dieses Jahres hat eine große Eltern-Befragung gezeigt, dass das derzeitige Angebot an ganztägiger Schulbetreuung nur rund ein Drittel des Bedarfs deckt. Demnach fehlen rund 230.000 Plätze. Für Claudia Schmied ist daher klar, dass das Angebot ausgeweitet werden muss. Außerdem soll es bis 2013 in allen Städten sogenannte verschränkte Schulformen geben, bei denen sich Unterricht und Betreuung über den ganzen Tag erstrecken. SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer hat den Ausbau ganztägiger Schulformen als „Riesenschritt in der Bildungspolitik“ begrüßt. ♦

Fotolia



Ganztägige Schulformen haben viele Vorteile: Sie sorgen für beste Bildung und Förderung unserer Kinder sowie für qualitativ hochwertige Betreuung.

DAS WAR DER 1. MAI

SPÖ ist den Arbeitneh

Bei ihrer großen Maikundgebung bekräftigte die SPÖ, dass diejenigen für die Kosten der Krise zahlen sollen, die sie mitverursacht haben. Mehr denn je gilt: Arbeit ist das beste Rezept für Wachstum und Wohlstand.



Jantzen

Die Arbeit hoch! 120 Jahre 1. Mai“ – unter diesem Motto stand die von mehr als 100.000 Menschen besuchte traditionelle Maikundgebung der SPÖ am Wiener Rathausplatz, bei der die Sozialdemokratie ein beeindruckendes Zeichen der Geschlossenheit und Stärke setzte. Das ist auch deshalb so wichtig, weil „nur durch Geschlossenheit Druck aufgebaut werden kann und nur durch Einigkeit Interessen auch durchgesetzt werden können“, wie SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas im Vorfeld der 1. Mai-Kundgebung hervorhob. SPÖ-Vorsitzender, Bundeskanzler Werner Faymann machte in seiner Rede am 1. Mai deutlich: „Es gibt jemanden, der darauf schaut, dass es gerecht zugeht: Und das sind die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften. Die SPÖ ist den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern verpflichtet.“ Daher werde die SPÖ dafür sorgen, dass jene, die in der Vergangenheit „ein bisschen zu gut verdient und zu wenig gezahlt haben, jetzt etwas mehr zahlen, wo

es dringend notwendig ist, die Trümmer der Wirtschaftskrise zu beseitigen“, unterstrich Faymann. Um die Spekulanten zu stoppen und die Finanzmärkte zu kontrollieren, brauche es europaweit gerechte Regeln, so Faymann.

Klare Absage an Hetzer

Der Bundeskanzler bekräftigte auch sein klares Nein zum Auseinanderdividieren der Bevölkerung: „Wir werden den Hetzern eine Absage erteilen. Und wir werden auch den einfältigen Programmen des Herrn Strache und Konsorten, die nichts anderes als Neid und Hass auf ihren Plakaten stehen haben, eine Absage erteilen.“ Wiens Bürgermeister Michael Häupl sagte angesichts des schlechten Abschneidens von FPÖ-Kandidatin Rosenkranz bei der Bundespräsidentenwahl: „Diese Niederlage ist eine Niederlage des Herrn Strache. Und es wird nicht seine letzte sein.“ Für Häupl ist



merInnen verpflichtet

SPÖ/Stohanzl



außerdem klar: „Die SPÖ wird dafür sorgen, dass nicht bei den Armen und Kranken gespart wird.“ Vizebürgermeisterin Renate Brauner betonte in ihrer Rede, dass für die Kosten der Krise „nicht schon wieder die Arbeiterinnen und Arbeiter, die Lehrlinge sowie die Alleinerzieherinnen und Alleinerzieher zur Kasse gebeten werden dürfen“. Brauner verdeutlichte weiters: „Der Wiener Weg ist der des gu-

ten Miteinanders, dafür stehen wir Wiener Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten – und besonders Bürgermeister Michael Häupl.“ Volle Unterstützung für Michael Häupl gab es auch von Bundeskanzler Werner Faymann: „Lieber Michael, wir stehen hinter dir und werden mit dir kämpfen, dass diese Stadt eine soziale Stadt bleibt, auf die wir stolz sein können.“

Proskull



Tausende Jugendliche demonstrierten beim Fackelzug der SJ am Vorabend des 1. Mai gegen Rechts-Extremismus.

SPÖ/Stohanzl



ÖGB-Präsident Erich Foglar bei seiner Rede zum 1. Mai.

Arbeit ist bestes Rezept für Wachstum und Wohlstand

ÖGB-Präsident Erich Foglar unterstrich in seiner Rede: „Seit 120 Jahren setzen sich Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter am 1. Mai für soziale Gerechtigkeit und für Solidarität ein.“ Der Tag der Arbeit sei außerdem ein guter Zeitpunkt, erneut daran zu erinnern, dass es für eine gute wirtschaftliche Entwicklung, für größeren Wohlstand und für soziale Sicherheit kein besseres Rezept gibt, als Arbeitsplätze zu schaffen, so Foglar. ♦

„Es gibt jemanden, der darauf schaut, dass es gerecht zugeht: Und das sind die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften.“

Bundeskanzler Werner Faymann

Jantzen



Bürgermeister Michael Häupl und Bundeskanzler Werner Faymann bei der Maikundgebung am Wiener Rathausplatz.



BUWOG

Grassers Untersuchungsausschuss-„Vorstoß“ ist beliebte Finte

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter fordert erneut die Öffnung der Grasser-Konten. Dessen Vorschlag, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen, hält Kräuter für eine Finte.

Ex-Finanzminister Grasser fordert die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses in eigener Sache. „Grasser ist nicht der erste Politiker in Bedrängnis, der selbst einen U-Ausschuss verlangt, hinter den Kulissen aber über alte Seilschaften alles daran setzt, eine parlamentarische Untersuchung zu verhindern. Nach meiner Einschätzung handelt es sich um eine typische Grasser-Finte“, so Kräuter über den Vorschlag. Die völlig fehlende Seriosität und Glaubwürdigkeit Grassers zeige sich schon allein durch seine Behauptung, dass er beim Unterausschuss des Rechnungshofausschusses im Jahr 2003 unter Wahrheitspflicht zu den Malversationen zum Buwog-Deal ausgesagt habe. Kräuter: „Grasser ist selbstverständlich bekannt,

dass Herr Plech und er selbst keinerlei Aussagepflicht, geschweige denn einer Wahrheitspflicht unterworfen waren.“

Nach Abschluss der Strafverfahren werde ein Untersuchungsausschuss notwendig sein, um „das System ‚Schüssel-Grasser‘ und die gesellschaftspolitischen Folgen der schwarz-blauen Ära mit der hemmungslosen Verschleuderung von Staatsvermögen, Freunderlwirtschaft und dem moralischen Verfall politisch aufarbeiten zu können.“ Kräuter fordert erneut die Öffnung der Grasser-Konten: „Schluss mit dem Promifaktor, gleiche Behandlung aller Buwog-Beschuldigten durch die Justiz. Die gesamte Plech-Grasser-Meischberger-Connection muss endlich lückenlos durchleuchtet werden.“ ♦



SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter fordert die gleiche Behandlung aller Buwog-Beschuldigten – Grasser darf keine Ausnahme sein.

ÖSTERREICH 2020

Erster Diskursworkshop zu „Familie und Frauen“ startete

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek will sich in der Diskursgruppe „Frauen und Familie“ im Rahmen der Initiative „Österreich 2020“ besonders dem Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie widmen.

Ziel der Frauenministerin und SPÖ-Bundesfrauenvorsitzenden ist es, neue Antworten, die auf sozialdemokratischen Werten aufbauen, zu finden, um auf die Herausforderungen der nächsten zehn Jahre reagieren zu können. Um neue, innovative Inputs zu gewinnen, ist für Heinisch-Hosek wichtig, den Diskussionskreis zu öffnen und neue Allianzen mit Expertinnen und Experten, aber auch allen interessierten Personen zu schließen. Der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, einer Neudefinition des Begriffes Familie, dem Thema gleicher Lohn für gleiche Arbeit sowie einem gleichen und gerechten Zugang zu Bildungseinrichtungen wird sich die Diskursgruppe unter der Leitung der Frau-

enministerin besonders widmen.

Weiter für Gleichstellung am Arbeitsmarkt kämpfen

„Ich werde nicht müde werden, für die Gleichstellung von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt zu kämpfen“, betonte Heinisch-Hosek und unterstrich: „Wir müssen den Frauen ermöglichen, endlich in Führungspositionen Fuß zu fassen und ihnen somit ein Mitspracherecht in Entscheidungsgremien ein#räumen.“ Die Frauenministerin verdeutlichte erneut, dass sich alle Interessierten in den Diskussionsprozess mit all ihren Ideen und Vorschlägen einbringen müssen. Denn nur auf diese Weise kämen vielseitige, konstruktive,



„Wir müssen uns den Herausforderungen der Zukunft stellen und gemeinsam sozialdemokratische Lösungsansätze finden“, betonte die Frauenministerin.

möglicherweise auch kontroverielle Inputs zu Stande. ♦

Psychologie/Soziologie

Jugendkult Gewalt

Ob Amokläufe in amerikanischen Schulen oder Schreckensmeldungen in Zeitungen: Jugendgewalt macht immer Schlagzeilen. Der Soziologe und Psychologe Philip Streit geht dem Phänomen auf die Spur.

Die Jugend wird immer brutaler! Lehrer trauen sich nicht mehr unbewaffnet in die Klassenzimmer! 50-Jähriger von Jugendlichen grundlos zu Tode geprügelt! So oder so ähnlich lauten derzeit immer wieder Schlagzeilen der Zeitungen: Entspricht das den Tatsachen? Gibt es eine ansteigende Jugendgewalt? Und wenn ja, wie sieht die aus? Welche Faktoren sind hier von Bedeutung? Was spielt sich in den Klassen- und Wohnzimmern wirklich ab? Welchen

Anteil haben die Medien? Und: Was können wir dagegen tun? Fragen, die der Psychologe, Soziologe und langjährige Leiter des Instituts für Kinder, Jugend und Familie Philip Streit in seinem Buch aufrüttelnd beantwortet. Er blickt hinter die Fassaden reißerischer Medienberichte und beleuchtet das Thema tiefgreifender. Er behandelt auch die Frage nach struktureller Gewalt als gesellschaftlichem Phänomen und ihrer Rolle in der Politik. ♦

Essay

Zivilisation und Geschlecht

Kaum eine andere Feministin hat so radikal Fragen nach Machtverhältnissen, Gewaltformen und Sexualität gestellt wie Rosa Mayreder.

Das den Frauen auferlegte Gebot des Schweigens über sich selbst zu durchbrechen – dafür war Mayreder mit ihren kulturphilosophischen Essays und ihren theoretischen Abhandlungen zur Frauenfrage angetreten. In ihrem Schreiben wehrt sie sich gegen eine Schematisierung des Weiblichen: „Nichts muss den Frauen so angelegen sein, als gegen die Abstraktion zu kämpfen, in die sie beständig durch das männliche Denken verwandelt werden.“ Dass sie ihren Anspruch nach Veränderung

der Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern auf eine differenzierte, theoretisch fundierte Grundlage gestellt und in ihrer Kulturtheorie Geschlecht als soziale Kategorie eingeführt hat, macht ihre ganz besondere Bedeutung aus. In diesem Buch finden sich viele Essays, die zwischen 1905 und 1923 erschienen sind und Rosa Mayreder als politische Denkerin weit vor ihrer Zeit zeigen. Ihre Stellungnahmen erweisen sich rund 50 Jahre vor Simone de Beauvoir als ihrer Zeit weit voraus. ♦

Sammelband

Acht Stunden aber wollen wir Mensch sein

120 Jahre 1.Mai. 120 Jahre „Tag der Arbeit“. Dazu gibt es nun einen Sammelband mit Illustrationen, Bildern und Geschichten.

Schon immer wurde jene erstaunliche Mischung aus Fest und Demonstration, in der die Arbeiterschaft symbolisch öffentlichen Raum im Herzen der Stadt okkupiert, von außen als Bedrohung wahrgenommen und wurde sowohl mit Abscheu und Furcht als auch mit verhohlener Bewunderung betrachtet. Der Festtag der Arbeit allerdings stellt für seine Protagonisten Faszination und emotionale Attraktion dar, der man

sich nuschwerentziehen kann. Und selbst in Zeiten radikaler Individualisierung und Entsolidarisierung vermag dieser 1. Mai, wie das Wiener Beispiel zeigt, eine ungeheure Mobilisierungskraft zu entfalten. Durch Beiträge von Künstlern, Historikern und ehemaligen Politikern wie Viktor Adler oder Rosa Jochmann, ist es gelungen, die Geschichten von und über den „Tag der Arbeit“ wieder aufleben zu lassen. ♦

☐ Stk.


Philip Streit
Jugendkult Gewalt. Was unsere Kinder aggressiv macht.
Verlag Carl Ueberreuter,
Wien 2010; 207 S., 19,95 €

☐ Stk.


Rosa Mayreder:
Zivilisation und Geschlecht
Mandelbaum Verlag,
Wien 2010;
200 S., 19,90 €

☐ Stk.


W. Maderthaner/ M. Maier:
Acht Stunden aber wollen wir Mensch sein. Der 1. Mai.
Edition rot, Wien 2010;
255 S., 55 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der Buchhandlung Löwelstraße

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



SPÖ FRAUEN

Wienerinnen schätzen Lebensqualität der Stadt



Mehr als 6.500 Frauen nahmen an der Umfrage der Wiener SPÖ Frauen „Frauen leben Wien. Frauen prägen Wien“ teil. Die Ergebnisse zeigen: Die große Mehrheit fühlt sich in Wien sicher und wohl.

Bis Ende März hatten alle Wienerinnen die Möglichkeit, im Internet und bei zahlreichen Aktionsveranstaltungen der SPÖ Frauen, ihre Meinung, Anregungen und Verbesserungsvorschläge zu ihrer Stadt einzubringen. „Die rege Teilnahme zeigt, dass unser Angebot zum Dialog gerne angenommen wird. Und für uns ist die Meinung der Wienerinnen besonders wichtig, denn wir wollen Politik nicht nur für, sondern mit Frauen machen!“, so die Frauensekretärin der Wiener SPÖ, LAbg. Nicole Krottsch.

Mehr als 90 Prozent der Befragten empfinden Wien als eine sehr lebenswerte Stadt. Sicherheit, gute Wohnqualität und



Die Vorsitzende der Wiener SPÖ-Frauen, Vizebürgermeisterin Renate Brauner, und die Frauensekretärin der SPÖ Wien, LAbg. Nicole Krottsch präsentierten die Umfrageergebnisse.

Wohnzufriedenheit sowie ein gutes öffentliches Verkehrsnetz tragen für die Wiener Frauen am meisten zur Lebensqualität bei. Die SPÖ Frauen sehen sich und die Arbeit der Sozialdemokratie damit bestätigt. Denn besonders in diesen

Bereichen konnte in Wien mit Maßnahmen wie dem Grati-skindergarten, dem Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes, der Einrichtung des ArbeitnehmerInnenfonds oder dem Wiener Programm für Frauengesundheit viel für die Frauen in Wien erreicht werden.

SPÖ Wien

STEIERMARK

SJ präsentiert Arbeitskampagne



Die Sozialistische Jugend fordert höhere Einstiegsgehälter sowie eine Beschäftigungsgarantie bis 24 Jahre.

Seit einem Jahr führt die Sozialistische Jugend Steiermark (SJ) eine Interessen-erhebung bei arbeitenden Jugendlichen durch, um die Brennpunkte beim Thema Arbeit herauszufinden. Gemeinsam mit der Jugendländesrätin Elisabeth Grossmann präsentierten SJ-Landesvorsitzender Max Lercher und SJ-Landesgeschäftsführer Simon Guggi das Ergebnis der Kampagne. „In den nächsten Wochen werden wir unsere Initiative den Jugendlichen in der gesamten Steiermark präsentieren und für eine Verbesserung in den verschiedensten Bereichen kämpfen“, kündigt Lercher an.

SJ STMK



Mit der Enthüllung des Riesen-comics und der Kampagnen-materialien zu „Arbeit – weils ohne uns nicht geht!“ startet die SJ Steiermark in den politischen Sommer.

VOLKSHILFE

Aktiv im Kampf gegen Armut



Auch in diesem Jahr wird es im November einen bundesweiten Aktionstag „Stop-Armut“ geben, kündigt die Volkshilfe an.

Im Europäischen Jahr gegen Armut und Ausgrenzung setzt die Volkshilfe verstärkt auf unterschiedliche Projekte und Aktivitäten im Kampf gegen Armut.

„Wir sind besorgt über die aktuelle Entwicklung der Armutsgefährdung“, erklärt der Bundesgeschäftsführer der Volkshilfe Österreich Erich Fenninger. Über 70 Millionen Menschen in Europa und eine Million Österreicher seien zur Stunde von Armut betroffen oder armutsgefährdet. Durch die Projekte der Volkshilfe sollen Wege aus der Armut gefunden werden. Außerdem sollen Politik und Öffentlichkeit für die Armut-Problematik sensibilisiert werden, so Fenninger, der betont: „Armut tut weh. Wir müssen uns vor Augen führen, dass hinter jeder Zahl ein Mensch und ein Schicksal steht.“

BURGENLAND

Prominentes Unterstützungskomitee für Hans Niessl



75 Prominente aus allen Gesellschaftsbereichen unterstützen den erfolgreichen Kurs des SPÖ-Landeshauptmanns und seinen Landtagswahlkampf.

„Wir wollen gemeinsam den Aufstieg unseres Burgenlands weiterführen“.

Landeshauptmann Hans Niessl

„Ich bin sehr froh über die großartige Unterstützung vieler erfolgreicher Persönlichkeiten. Wir wollen gemeinsam den Aufstieg unseres Burgenlands weiterführen“, so Landeshauptmann Hans Niessl über sein prominentes Unterstützungskomitee. Der amtsführende Präsident des Landesschulrats Gerhard Resch fungiert als Koordinator des Komitees. Dass sich Prominente aus allen Gesellschaftsbereichen engagie-

ren ist für Resch ein klares Zeichen: „Das zeigt vor allem eines: Die Burgenländerinnen und Burgenländer stehen hinter ihrem Landeshauptmann Hans Niessl.“

Burgenland auf Erfolgskurs

Niessl bedankte sich neben den prominenten Unterstützern auch bei seinen 2.150 Facebook-Freunden. Sie seien eine „großartige Unterstützung für den rot-goldenen Erfolgskurs“ auf dem sich das Burgenland befindet. „Wir sind vom Ziel 1 Gebiet zur Nummer 1 geworden – nicht nur in den Bereichen Wirtschaft und Bildung, sondern auch bei Kunst und Kultur“, so Niessl. Zu den Promi-Unterstützern zählen unter anderem der Schauspieler Harald Krassnitzer, Kugelstoßweltmeister Georg Tischler, Kickboxweltmeisterin Nicole Trimmel und Starwinzer Gerhard Kracher. Das Unterstützungskomitee wird in den kommenden Wochen durch Inseratschaltungen und



SPÖ Burgenland

Landeshauptmann Hans Niessl freut sich über die Unterstützung der vielen prominenten Persönlichkeiten.

im Internet unter www.hansniessl.at für den Landeshauptmann werben. ♦

OBERÖSTERREICH

Unterschriftenkampagne: Gerechtigkeit macht alle stark!



Die SPÖ Oberösterreich startet pünktlich zum 1. Mai eine Unterschriftenaktion und eine Informationskampagne für mehr Steuergerechtigkeit.

meinsam mit befreundeten Organisationen und den Gewerkschaften zum Anlass, um eine Bürgerinitiative für mehr Steuergerechtigkeit zu starten. Landespartei- und Landeshauptmannstell-

vertreter Josef Ackerl betonte die Rolle der Sozialdemokratie: „Wir sind die Partei für Gerechtigkeit.“ Unter dem Motto „Für Reiche gilt das Gleiche“ will er für eine gerechte Verteilung der Krisenlasten werben. „Wir wollen keine neuen Massensteuern. Jetzt sollen Banken und Spekulanten zahlen, die diese Krise verursacht haben, nicht die klei-

Bereits mehr als 6.000 Unterstützer

nen Leute oder die Mittelschicht, die bereits jetzt die Hauptlast tragen“, ist Ackerl überzeugt. Bankenabgabe, Spekulationssteuern, Reform der Stiftungsbesteuerung und der Gruppenbesteuerung, das Stopfen von Steuerschlupflöchern und der Kampf gegen Steuerhinterziehung gehören zu den Forderungen, bei denen schon mehr als 6.000 Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher die SPÖ mit ihrer Unterschrift für die Bürgerinitiative unterstützen. Auch die Bundes-SPÖ unterstützt die Forderung nach Verteilungsgerechtigkeit. Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas diskutierte persönlich mit dem Landespartei- und Landeshauptmannstellvertreter Josef Ackerl. „Es war ein sehr gutes Gespräch mit regem Meinungsaustausch, das in absehbarer Zeit fortgesetzt wird“, so Ackerl. ♦



Gerechtigkeit macht alle stark: Josef Ackerl und die SPÖ Oberösterreich kämpfen mit einer Bürgerinitiative für mehr Steuergerechtigkeit.

Den Tag der arbeitenden Menschen nahm die oberösterreichische SPÖ ge-

Banken und Spekulanten zahlen, die diese Krise verursacht haben, nicht die klei-



3 Thesen für eine Sozialdemokratie mit Zukunft

Was erwartet sich die Jugend von der SPÖ und wie soll eine jugendgerechte Sozialdemokratie aussehen?

Wir alle kennen diverse Schlagzeilen der Medien, dass die „Jungwähler am rechten Rand“ (profil) beheimatet sind. Seit dem Ergebnis der letzten Nationalratswahl im Herbst 2008 bestimmten diese Kommentare die Medienlandschaft und manifestierten bei breiten Teilen der Öffentlichkeit das Bild, dass die österreichischen Jugendlichen in Scharen den rechten Parteien nachlaufen. Ein Vorurteil, wie die vorliegenden Daten belegen. Trotzdem ist ein dramatischer Absturz der Sozialdemokratie bei den Jung- und Erstwählern erkennbar. Ein Absturz, der der SPÖ ein denkbar schlechtes Zeugnis im Umgang mit jungen Menschen ausstellt. Was natürlich die Frage der Gründe aufwirft. Während die SPÖ in den Augen vieler Jugendlicher zur systemkonformen Pensionistenpartei mutiert ist, punktet die Strache-FPÖ mit scheinbarer Authentizität als klar erkennbare Alternative im Parteienspektrum. Was also könnten konkrete Schritte zu einer jugendgerechten Sozialdemokratie mit Zukunft sein?

These 1: Gegenkonzept zum Neoliberalismus entwickeln

Es war die historische Stärke der SPÖ, der Bevölkerung mit der Vision einer gerechten Gesellschaft Hoffnung und klare Ziele zu bieten. Als Gesellschaftsbewegung gelang es, soziale Errungenschaften durchzusetzen, die für viele kurz zuvor noch undenkbar schienen. Spätestens seit dem Zusammenbruch des als „real behaupteten Sozialismus“, sickerte aber neoliberale Programmatik ein. Privatisierung und Standortwettbewerb führten zu einer nachhaltigen Schwächung von Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung. Ideologische Gegenwehr zu jenen Konzepten, die in den letzten 25 Jahren eine unfassbare Umverteilung von unten nach oben ermöglichten, fand nicht mehr statt. Die Partei wurde immer mehr zu einem Wahlverein und weniger zu einer Gesellschaftsbewegung, die auch gesellschaftsbildend agiert (Vernachlässigen des Mitgliederprin-

zips, das Kappen von Verbindungen und einem Diskurs mit Intellektuellen, Künstlern uvm.) Die Folgen davon: die Sozialdemokratie ist ideologisch nicht mehr selbstverteidigungsfähig und wird nur mehr als machtpragmatisch angesehen. Daher ist die Entwicklung neuer Konzepte für das 21. Jahrhundert mehr als überfällig. Denn für junge Menschen ist Echtheit und Authentizität wichtig und ohne inhaltliche Konzepte lassen sich diese wohl nicht bewerkstelligen.

„Jugendliche sind sich bewusst, dass sie sich in einer unsicheren Ausbildungs- und Arbeitsplatzsituation befinden und erwarten von der Politik konkrete Verbesserungen und Zukunftschancen.“

These 2: Verteilungsfragen ins Zentrum der Politik stellen

Die Verteilungsfragen wirken nur auf den ersten Blick diffus und unkonkret, jedoch fängt man am besten dort an, wo die Jugendlichen direkt betroffen sind: Arbeitsmarkt, Bildung, Wohnen und Integration. Daher ist eine programmatische Antwort auf die Lebenslagen zentral. Jugendliche sind sich bewusst, dass sie sich in einer unsicheren Ausbildungs- und Arbeitsplatzsituation befinden und erwarten von der Politik eine konkrete Verbesserung ihrer Lage und Chancen.

Diese Unsicherheit zeigt auch die Angst vor dem sozialen Abstieg. Denn diese negative Zukunftserwartung gepaart mit einer rasant steigenden Jugendarbeitslosigkeit, der Lücke am Lehrstellenmarkt, sowie zunehmender Prekarisierung der Arbeitswelt und einer auf uns zukommenden Budgetkonsolidierung – die wieder notwendige Budgetaufstockungen in das Bildungssystem unmöglich macht – ist ein Einfallstor für demagogische Hetze. Aber es ist auch eine große Chance für die SPÖ, wenn sie es versteht, den zukunftsgerichteten Jugendlichen ein Bündnis für so-

ziale Sicherheit und sozialen Aufstieg anzubieten. Ein mithilfe einer höheren Vermögensbesteuerung gewonnener finanzieller Spielraum, soll auch speziell für die soziale Absicherung junger Menschen genutzt werden. Denn, obwohl für sie die soziale Frage brennend ist, dringt die SPÖ offensichtlich nur mangelhaft zu ihnen durch.

These 3: Die Sozialdemokratie zur Mitmachpartei umgestalten

Klar ist aber auch: Will die SPÖ erfolgreich im Werben um möglichst viele Junge sein, braucht es auch die Einbindung in Entscheidungen und mehr Partizipationsmöglichkeiten. Keine Jugendliche und kein Jugendlicher hat Lust, sich mit versteinerten Parteiapparaten herumzuschlagen. Deshalb müssen wir die neuen Möglichkeiten nutzen und mit diesen modernen Methoden traditionelle Strukturen mit neuem Leben füllen. Denn nur so kann die Sozialdemokratie weiter die Funktion der „kleinen Blutgefäße“ vor Ort wahrnehmen und im unmittelbaren Lebensumfeld der Jugendlichen verankert sein. Dieses neue Potential für basisdemokratische Partizipation, kann aber nur dann genützt werden, wenn Jugendliche wirklich in Entscheidungen eingebunden werden. Denn nichts ist fataler als Jugendliche zu Wort kommen zu lassen und sie dann mit den Erfahrungen über die mangelnde Wirksamkeit ihres Engagements allein zu lassen. Dafür bedarf es aber organisatorischen und inhaltlichen Mut, um die derzeitigen verkrusteten und undurchlässigen Strukturen zu durchleuchten und grundlegend zu verändern. Denn die Aktivierung der Jungen und die Einbindung in unsere Organisation ist jenes Interventionsinstrument, mit dem es uns gelingt, fortschrittlichen Veränderungsanspruch in die Tat umzusetzen.

Wolfgang Moitzi ist seit 2007 Bundesvorsitzender der Sozialistischen Jugend. Er ist stv. Landesparteivorsitzender in der Steiermark und Mitglied des Bundesparteivorstands.

TERMINKALENDER

Dienstag, 11.5.

Vorlesung

„Terrorism and Liberalism: An American Story“ lautet der Titel der Vorlesung des amerikanischen Rechtsprofessors Stephen Holmes, der am Dienstag im Kreisky-Forum stattfindet. Der Vortrag läuft in der Reihe „Transatlantica“, die von Eva Nowotny, ehemalige Botschafterin in den USA, kuratiert wird.

Information & Anmeldung:

Tel.: 01-3188260-20

einladung.kreiskyforum@kreisky.org

Beginn: 19.00 Uhr

Bruno Kreisky Forum
Armbrustergasse 15
1190 Wien

Information & Anmeldung:

www.skip.at

Beginn: jeweils 15.30 Uhr



Freitag, 14.05.,

Graz, Murinsel –
UCI Annenhof

Samstag, 15.05.,

Wien – UCI Millen-
nium City

Sonntag, 16.05.,

Burgenland – Offe-
nes Haus Ober-
wart, Diesel Kino
Oberwart

Sonntag, 30.05.,

Linz, Hollywood
Megaplex Pa-
sching

der Abteilung für „Internationale Energie-
fragen“ im Bundesministerium für euro-
päische und internationale Angelegenhei-
ten

Information & Anmeldung:

walla@renner-institut.at

Tel. 01-8046501-0

Beginn: 19.00 Uhr

Renner-Institut,
Hoffinger-Saal
Eingang: Gartenhotel Altmannsdorf,
Hoffingergasse 26-28
1120 Wien

Freitag, 14.5. – Sonntag, 30.5.

Events

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek veranstaltet gemeinsam mit Sozialminister Rudolf Hundstorfer und dem SKIP-Kinomagazin „Girl-Events“ in österreichischen Kinos. Unter der Devise Info & Fun können sich die Mädchen zwischen 16 und 20 in lockerer Atmosphäre über interessante, zukunftsweisende Jobs informieren. BerufsberaterInnen des AMS sowie StudienberaterInnen der ÖH stehen für Fragen und Tipps zur Verfügung. Im Anschluss können die Mädchen auf Einladung von SKIP im Kino einen Film ihrer Wahl anschauen.

Montag, 31.5.

Vortrag und Diskussion

Das Renner-Institut lädt ein zu Vortrag und Diskussion zum Thema „Baltische Staaten – zwischen EU und Russland: eine komplizierte Liaison?“ Wie sieht die sozioökonomische Situation in diesen Ländern heute aus? Was bringt den Ländern die EU-Mitgliedschaft? Und in welchem Spannungsfeld steht diese mit dem großen Nachbarn Russland? Darüber diskutieren Hannes Swoboda, stv. Vorsitzender der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament und Eva Hager, Botschafterin und Leiterin

Samstag, 12.6.

Bundesparteitag

Der 41. Ordentliche Bundesparteitag der SPÖ findet in der Pyramide in Vösendorf statt.

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Chefredakteur: Alexander Lutz, Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler, Redaktion: Markus Bacher, Mag^a Alexandra Bärtl, Mag^a Regine Böhm, Mag. Gerald Demmel, Mag^a Birgit Jung, Martin Oppenauer, Mag^a Sophia Schönecker, Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber
Bildredaktion: Emil Goldberg
Layout: Max Stohanzl, Coverfoto: Max Stohanzl, Bildbearbeitung: Max Stohanzl
Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275, Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels & Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97
Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt, E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at

Einzelpreis 0,73 Euro; Abo: 21 Euro

NET NEWS

SPÖ AUF FACEBOOK

Die stärkste Partei-Fanseite Österreichs

Die SPÖ, unter den politischen Parteien schon bisher führend im Online-Bereich, hat mittlerweile auch die zahlenmäßig mit Abstand stärkste Partei-Fanseite im Online-Netzwerk Facebook. Allein in den letzten zwei Wochen durften wir uns über einen Zuwachs von mehr als 1.000 Fans freuen. Damit haben wir alle anderen Parteien entscheidend hinter uns gelassen. Das ist sowohl einer

Werbeoffensive als auch der persönlichen Ansprache von Einzelpersonen zu verdanken.

Gelebtes Web2.0

Die SPÖ nutzt das Web 2.0 tatsächlich als Mitmach-Web und lädt die Menschen zum Teilnehmen ein. Regelmäßig werden deshalb nicht nur neue Features einge-

führt, sondern auch neue Zugänge zur Vermittlung von Inhalten erprobt und umgesetzt. Weiters werden österreichweite Web2.0-Schulungen in Zusammenarbeit mit dem Renner-Institut angeboten. Interessierte melden sich bitte beim Renner-Institut: Michael Rosecker, Christine Eichinger Tel.: +43/ (0)1/ 804 65 01-36 eichinger@renner-institut.at http://www.renner-institut.at/

HBF/Wenzel



Runder Geburtstag

Bundeskanzler Werner Faymann lud anlässlich seines 50. Geburtstags ins Bundeskanzleramt. Unter den zahlreichen Gratulanten war auch Bundespräsident Heinz Fischer (hier im Bild mit Faymann-Gattin Martina Ludwig).

Schneider



Rückenwind aus Washington

Bei der Frühjahrstagung von Weltbank und Währungsfonds in Washington ortete Staatssekretär Andreas Schieder Rückenwind für die österreichischen Pläne einer Bankenabgabe. Bei der Tagung u.a. mit dabei: Nationalbank-Gouverneur Ewald Nowotny.

SPÖ Klub



Urlaub in Griechenland

Das traditionelle Frühlingstreffen des Pensionistenverbands (PVÖ) fand heuer in Tunesien und auf der griechischen Halbinsel Chalkidike statt. Besonderes Highlight der Griechenland-Urlauber war der Besuch von Nationalrats-Präsidentin Barbara Prammer.

OTS/Preiss



Kampf gegen Armut

Bei der „Nacht gegen Armut“ der Volkshilfe wurde für sozial Benachteiligte gesammelt. Heuer kamen mehr als 41.700 Euro zusammen, freut sich die Schirmherrin der Volkshilfe-Kampagne Margit Fischer (mit u. a. VH-Präsident Josef Weidenholzer und STR Michael Ludwig).

Fischer

